

4-PUNKTE-PAPIER DES MITTELSTANDES

Ein starker, moderner Staat braucht einen starken Mittelstand – und umgekehrt. Dafür müssen die politischen und administrativen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Wir begrüßen die Vorschläge der Initiative für einen handlungsfähigen Staat als wichtigen Impuls für eine wirtschaftsfreundliche Reformagenda. Insbesondere stimmen wir den

Empfehlungen zu, die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) wieder mehr Freiräume verschaffen, Unternehmertum fördern, die Digitalisierung der Verwaltung beschleunigen und wirtschaftliches Denken stärker in Bildung und Wissenschaft verankern.

1

GESETZGEBUNGS- VERFAHREN MITTELSTANDS- TAUGLICH GESTALTEN

- Einführung eines „**KMU-Checks**“ für neue Gesetze: Jedes neue Gesetz soll auf seine Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geprüft werden, um unnötige Belastungen zu vermeiden.
- „**Kein Goldplating**“ mehr: Europarechtliche Vorgaben sollen erfüllt, aber nicht übererfüllt werden.

2

MEHR VERTRAUEN IN UNTERNEHMEN WAGEN

- **Verzicht auf Einzelfallgerechtigkeit:** Gesetze sollen robust genug sein, um nicht jede Einzelsituation individuell regeln zu müssen.
- **Vertrauen in viele – Sanktionen für Ausnahmen:** Der Staat sollte Unternehmen grundsätzlich vertrauen und die Einhaltung der Regeln durch Stichproben kontrollieren.
- **Spürbare Entlastung von Berichts- und Nachweispflichten:** Statt umfassender Bürokratie sollen verstärkt Pauschalierungen genutzt und Stichproben maßvoll erhöht werden.

3

VERWALTUNGS- PROZESSE FÜR UNTERNEHMEN DIGITALISIEREN

- Digitalisierung praxisnah gestalten: Verwaltungsprozesse sollen von Beginn an digital entwickelt und konsequent aus der **Nutzerperspektive** gedacht werden.
- **Digitale Antragsverfahren:** Die Anmeldung eines Betriebs oder die Beantragung von Genehmigungen soll künftig mit „**wenigen Klicks**“ möglich sein.
- OZG-Leistungen vollständig digitalisieren: Leistungen wie Gewerbeanmeldung, Steuer-ID-Vergabe oder Fördermittelanträge sollen **vollständig online verfügbar** sein.

4

UNTERNEHMERISCHES DENKEN IN BILDUNG UND WISSENSCHAFT VERANKERN

- Wirtschaft als Schulfach: **Wirtschaft** soll verbindlich in allen Schultypen als eigenständiger Unterrichtsinhalt vermittelt werden.
- **Entrepreneurship Education an Hochschulen:** Hochschulen sollen unternehmerische Kompetenzen systematisch in ihre Lehrpläne integrieren und gezielte Gründungsförderung anbieten.
- Unternehmensgründungen aus der Wissenschaft erleichtern: **Ausgründungen** sollen durch steuerliche Entlastungen, vereinfachte Transferregeln und standardisierte Verfahren für geistiges Eigentum **gefördert werden**.

Frankfurt am Main, den 13. Juni 2025
Unterzeichnende Industrie- und Handelskammern

Handelskammer Bremen –
IHK für Bremen und Bremerhaven

IHK Cottbus

IHK Darmstadt

IHK Frankfurt am Main

IHK Gießen-Friedberg

IHK zu Köln

Niederrheinische IHK Duisburg –
Wesel – Kleve zu Duisburg

IHK Saarland



Industrie- und Handelskammer
Frankfurt am Main